



HESSISCHER LANDTAG

17. 06. 2014

Plenum

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend ja zur Flüchtlingshilfe – nein zum politischem Zick-Zack-Kurs des hessischen Innenministers

Die Situation von Flüchtlingen hat sich in den vergangenen Monaten weiter verschärft. Die Konflikte in vielen Regionen der Welt, insbesondere in Syrien und Nordafrika haben zu den schwierigen Verhältnissen in den Nachbarländern beigetragen. Alleine der Libanon hat über eine Millionen Flüchtlinge aus dem Nachbarland aufgenommen. Auch in der Bundesrepublik Deutschland müssen deshalb weitere Anstrengungen zur Bewältigung der Flüchtlingsversorgung unternommen werden.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die Einigung zwischen dem Bund und den Ländern bei der Innenministerkonferenz hinsichtlich der weiteren Aufnahme von syrischen Flüchtlingen. Dies gebietet Art. 1 GG: Die Würde des Menschen ist unantastbar.
2. Der Landtag kritisiert, dass sich der hessische Innenminister erst sehr spät dazu durchringen konnte, die Aufnahme weiterer Flüchtlinge zu unterstützen, und zunächst die Ausschöpfung der bestehenden Programme zur Voraussetzung für eine Kontingenterweiterung machte.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bürokratische und finanzielle Hürden im Landesprogramm abzubauen.
4. Der Landtag bedankt sich bei den Kommunen in Hessen für ihre bisherigen Anstrengungen bei der Flüchtlingsunterbringung.
5. Der Landtag bedankt sich darüber hinaus bei Kirchen, Vereinen, Institutionen, Initiativen, Kommunen sowie den Bürgerinnen und Bürgern für die aktive Unterstützung bei der Flüchtlingsbetreuung. Das ist ein gelebtes Bündnis für Toleranz und Solidarität.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung zu unterstützen und sich auf allen Ebenen für die vollständige Erstattung der in den Kommunen entstehenden Unterbringungskosten, insbesondere durch entsprechende Anhebungen der Pauschalen nach dem Landesaufnahmegesetz, für Flüchtlinge einzusetzen.

Wiesbaden, 17. Juni 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel